

Wie sozial sind die Sozialen Medien wirklich?

Geert Lovink: Das halbwegs Soziale. Eine Kritik der Vernetzungskultur

Johannes Fritz

Sind wir alle mit unseren Computern, Smartphones und den Sozialen Medien überfordert? Bringen uns Google, Facebook und Twitter dazu, immer erreichbar sein zu wollen? Zwingen sie uns, Belangloses im Internet preiszugeben? Können wir uns immer weniger merken und schlagen es lieber bei Google nach? Warnungen vor diesen und weiteren Folgen des Web 2.0 sind schon lange bekannt und wurden mehrfach ausgesprochen, unter anderem in Frank Schirrmachers Buch „Payback“ von 2009.

In „Das halbwegs Soziale. Eine Kritik der Vernetzungskultur“ führt der niederländische Medienwissenschaftler und Netzaktivist Geert Lovink aus, weshalb auch er Schirrmachers Befürchtungen teilt. Mit seinem vierten Buch zur Netzkultur stimmt Lovink aber nicht in das allgemeine Wehklagen der Überforderten ein. Die Bedeutung dieses Buchs liegt vielmehr darin, dass Lovink konkret aufzeigt, wie die Sozialen Medien funktionieren, wie mit ihnen umgegangen werden kann und wie sie wissenschaftlich analysiert werden sollten. Lovink selbst ist durchweg bemüht, mit der schnellen Entwicklung des Internets Schritt zu halten. Dementsprechend geht das Buch nicht nur auf Google, Facebook und Twitter, sondern auch auf die Rolle der Enthüllungsplattform Wikileaks und der internationalen Aktivistengruppe Anonymous ein. Wie für seine vorangegangenen Bücher hat Lovink eine abwechslungsreiche Mischung aus Essays zusammengestellt, in denen er zu unterschiedlichen Themen theoretische Überlegungen mit praktischen Fallstudien und allgemeineren Beobachtungen mischt.

Aktuell sieht Lovink das Internet in einer Phase allgemeiner Akzeptanz. Die großen Schlachten seien geschlagen, die politische Regulierbarkeit des Netzes für alle Beteiligten offensichtlich. In naher Zukunft drohe das Internet vielmehr in das „Staubsaugerstadium“ (S. 51) überzugehen. Wenn eines Tages über Funktionsweise und Wirkung des Internets ebenso wenig diskutiert werde, wie gegenwärtig über jene von Staubsaugern und Waschmaschinen, dann sei auch die kritische Internetdebatte am Ende. Lovinks Analogie ist zwar einleuchtend, tatsächlich kann angesichts anhaltender Kontroversen zu Urheber-



Johannes Fritz promovierte am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg über das Zustandekommen von politischen Entscheidungen im Bereich der Netzpolitik.



Geert Lovink, Das halbwegs Soziale Eine Kritik der Vernetzungskultur (übersetzt aus dem Englischen von Andreas Kallfelz). 2012, 240 S., kart., 22,80 €. ISBN 978-3-8376-1957-7

recht, Überwachung und Datenschutz von einem Ende der Internetdebatte jedoch noch lange keine Rede sein.

Zustimmen kann man Lovink hingegen in seinem vorläufigen Fazit zur politischen Debatte und Partizipation über das Internet: Online-Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen bleibt in der Regel wirkungslos. In Online-Diskussionen bleiben meist Gleichgesinnte unter sich. Frühe Hoffnungen auf internetgestützte gesamtgesellschaftliche Diskussionen, in denen jeder zu Wort kommt und alle großen gesellschaftlichen Fragen geklärt werden können, werden daher zwangsläufig enttäuscht. Die Erfahrung zeigt auch, dass politische Entscheidungsträger meist nicht auf elektronische Eingaben eingehen. Die bislang wenigen Beispiele für wirkungsvolle Online-Beteiligung entstammen der Netzpolitik, an der Internetnutzer großes Interesse haben, da sie unmittelbar von ihr betroffen sind.

Einen Großteil des Buches macht Lovinks Kritik an der Funktion von Sozialen Medien und deren Wirkung auf das „reale Leben“ aus. Die Trennung zwischen „virtuell“ und „real“ wird dabei immer schwerer zu ziehen: „Es gibt keinen Beweis, dass die Welt virtueller wird. Eher wird das Virtuelle realer, es will in unsere realen Leben und sozialen Beziehungen eindringen und sie offenlegen“ (S. 22). Anwendungen wie Facebook und Twitter halten ihre Nutzer zur permanenten Echtzeit-Kommunikation an. Damit gehen mehrere Zwänge einher. Gerade, wenn sie ihr Smartphone dafür nutzen, sehen sich die Mitglieder gezwungen, ihre Aktivitäten ständig der Allgemeinheit mitzuteilen. Facebooks „Alles klar?“ und Twitters „Was gibt's Neues?“ vermitteln vielen Menschen das Gefühl, dass sich jemand (in diesem Fall: eine Maschine) wirklich dafür interessiert, womit sie sich aktuell beschäftigen. Tatsächlich geht es den Firmen hinter den Angeboten aber ausschließlich um das Sammeln von Daten und das Erstellen von Nutzerprofilen, um Werbung verkaufen zu können. Wer bei Facebook oder Twitter angemeldet ist kennt jene Nutzer, die permanent neue Statusmitteilungen versenden und ihre virtuellen „Freunde“ über jede ihrer Bewegungen aufklären. Aber es sind bei weitem nicht alle, die so handeln. Viel häufiger findet man die „Karteileichen“, die vollständig inaktiv sind, nur passiv mitlesen, oder sich schon seit langem nicht mehr geäußert haben. Diese Nutzer erwähnt Lovink allerdings nicht, da er anscheinend von einer Dichotomie ausgeht: Für ihn gibt es nur diejenigen, die permanent aktiv sind und diejenigen, die sich gar nicht erst anmelden. Der Realität hält diese Unterscheidung kaum stand.

Die Sozialen Medien funktionieren letztlich trotzdem nur, weil ein Teil der Internetnutzer unbezahlt zu ihrem Erfolg beiträgt. Wenn niemand mehr Webseiten und Blogs so gestalten würde, dass sie über Google schnell aufzufinden sind, wäre das Geschäftsmodell der Suchmaschine schnell gescheitert. Ebenso ist es bei Facebook: Wenn sich alle Facebook-Mitglieder weigern würden, Internetseiten für ihre Freunde zu „ liken“, dann wäre diese Funktion nutzlos. Der Trend zur Monopolisierung ließe sich vermeiden, wenn die Menschen auch andere Anbieter nutzen würden. Vor allem Google dehnt sich auf zahlreiche weitere Branchen – etwa das Buch- und Filmgeschäft – aus und bekommt immer mehr Konkurrenz. Da Google wie die anderen großen Internetkonzerne auch im Kern ein Werbekonzern ist, sind diese Bereiche jedoch nur interessant,

weil damit Geld verdient werden kann. Um das kulturelle Erbe eines Staates zu digitalisieren, ist Google daher offensichtlich der falsche Partner. Lovink schließt sich daher Forderungen an, von der öffentlichen Hand betriebene Alternativen zu Google zu fördern. Deren tatsächlicher Entwicklungsstand liegt gegenwärtig allerdings weit hinter jener von Google zurück. Es bleibt fraglich, ob öffentliche Konkurrenz eine Lösung des Problems sein kann.

Denjenigen, die sich der Echtzeit-Kommunikation der Sozialen Medien unterwerfen, stehen immer kürzere Zeitspannen zur Verfügung, um sich einer Aufgabe oder einem Thema zu widmen. Wer sich nichts mehr merkt, sondern alle Informationen aus Suchmaschinen abrufen, der muss sich auf deren Funktionen auch verlassen können. Google als Beinahe-Monopolist funktioniert aber nicht nach diesem Prinzip. In den Suchergebnissen wandern Seiten nach oben, die von anderen häufig angeklickt und verlinkt wurden. Was beliebt ist, muss aber nicht wahr sein. Um das richtige Ergebnis zu finden, braucht es die Fähigkeit, die Ergebnisse einordnen zu können (Medienkompetenz) – und Zeit.

Hinzu kommt, dass die Sozialen Medien Multitasking begünstigen: Wer auf dem aktuellen Stand bleiben will, muss mehrere Aktivitäten gleichzeitig verfolgen. Dem müssen sich auch die Inhalte anpassen. Wer Internetnutzer erreichen will, darf sie in dieser Hinsicht nicht überfordern. Wer andere zu politischer Partizipation bewegen will, muss die Hürden so niedrig wie möglich legen. Aber wie viel ist ein „Gefällt mir“ für eine politische Initiative bei Facebook wert und wie schnell hat es der Nutzer wieder vergessen? Wer früher neben der Arbeit Radio hörte, schreibt heute vielleicht lieber in Sozialen Netzwerken. Videoplattformen wie YouTube profitieren von der verringerten Aufmerksamkeit. Viele Menschen haben kurz Zeit, um YouTube nach kurzen Clips zu durchsuchen. Längere Fernsehsendungen oder Filme überfordern sie.

Ein weiteres Problem mit den Sozialen Medien ist ihre Eigenschaft als „walled gardens“, die sich vom Internet insgesamt abgrenzen: Innerhalb der Netzwerke fühlen sich die Mitglieder sicher, sie offenbaren ihre Identität und ihr gedankliches Innenleben, bleiben aber stets innerhalb der Grenzen. Damit verbunden ist die von Lovink konstatierte Entwicklung vom Link zum „Like“: Die Nutzer teilen aus ihrer Sicht interessante Inhalte mit anderen, indem sie bei Facebook auf „Gefällt mir“ klicken oder bei Twitter „retweeten“. Die daraus entstehende Verknüpfung bleibt auf das Netzwerk beschränkt und kann durch das Unternehmen und gegebenenfalls Staaten überwacht werden. Ein Link im „freien“ Internet wird deshalb nicht gesetzt. Wer ein Zeichen für dezentralisierte und offene Kommunikation setzen wolle, könne deshalb nur aus Facebook und Twitter austreten, so Lovink. Erneut geht er nicht auf die Alternative ein, sich bei der Eingabe von Informationen stark zurückzuhalten.

Das bisher Geschriebene klingt vor allem anstrengend. Weshalb üben Suchmaschinen und Soziale Netzwerke auf viele Menschen trotzdem eine solche Anziehungskraft aus? Ein Faktor ist die Angst, etwas zu verpassen, im schlimmsten Fall den Kontakt zum sozialen Umfeld zu verlieren. Ganz real ist diese Aussicht für Jugendliche, die heutzutage fast alle Sozialen Netzwerken wie SchülerVZ oder Facebook angehören. Wer sich nicht anmeldet, verpasst Neuigkeiten und Termine. Für Freiberufler kann die berufliche Existenz von der Mitgliedschaft im richtigen Sozialen Netzwerk abhängen. Ein weiterer

Reiz ist, dass in den Sozialen Netzwerken ein Sammeltrieb ausgelebt werden kann. Viele Mitglieder glauben, niemals genügend „Freunde“ gesammelt, Interessen bekundet und Meinungen geäußert zu haben. Die Selbstdarstellung im Netz lässt sich immer weiter optimieren. Dieses Bedürfnis, sein wahres Ich zu präsentieren und von anderen bestätigt zu bekommen, verdeutlicht, wie Lovink zu Recht anmerkt, die Abkehr von den multiplen Identitäten des frühen Internets. Damals wollten beinahe alle Nutzer im Austausch mit anderen neue Identitäten ausprobieren und möglichst anonym bleiben.

Wer seine Identität schützen oder komplett anonym im Internet surfen will, muss gezwungenermaßen auf Facebook und Co. verzichten und auf Alternativen umsteigen. Wer aber kämpft für Anonymität im Netz? Die Aktivisten von Anonymous jedenfalls nicht, so Lovink. Weil die Mitglieder des Kollektivs keine Hacker der alten Schule, sondern meist unerfahrene Amateure seien, könnten sie nicht einmal für ihre eigene Anonymität garantieren. Die Enthüllungsplattform Wikileaks sieht Lovink ebenfalls nicht gerade als Vorbild für politischen Online-Aktivismus. Zwar sei es der Enthüllungsplattform gelungen, als erste ihrer Art im großen Stil Geheimdokumente zu veröffentlichen, die hohe politische Wellen schlugen. Wie andere vor ihm kritisiert Lovink Wikileaks aber aufgrund einer einseitigen Ausrichtung gegen die westliche Welt. Russland und China blieben von Enthüllungen verschont. Der Rückgriff auf Medien wie den „Spiegel“ in Deutschland, um Dokumente durchzusehen und relevante Zusammenhänge zu veröffentlichen, deute auf die schwache personelle Ausstattung des Projekts hin. Aufgrund der alleinigen Führung durch Julian Assange sei es letztlich zum Scheitern verurteilt.

Nicht nur entlang der Sozialen Medien, auch entlang nationaler bzw. sprachlicher Grenzen findet eine Unterteilung des Internets statt, die ursprünglich so nicht vorgesehen war. Wer die Google-Plattform YouTube nutzt, weiß, dass viele von ausländischen Nutzern eingestellte Clips wegen eines Rechtsstreits zwischen Google und der GEMA aus Deutschland nicht verfügbar sind. Zugleich schränken etwa China und Iran die Internetnutzung mithilfe von Zensurssystemen stark ein. Natürliche Grenzen ergeben sich zudem durch die Sprache: Der Anteil der englischsprachigen Inhalte im Internet wird immer geringer, während das Internet in Asien überproportional stark wächst. Dagegen, dass Lovink diesen letzten Punkt aufgrund verringerter Kontaktmöglichkeiten vor allem negativ einschätzt, ließe sich einwenden, dass das Internet für viele Internetnutzer ohnehin längst zu einem Medium der regionalen bzw. nationalen Information geworden ist.

Lovinks Fallstudien zur Blogosphäre in Deutschland, Frankreich und im Irak macht ebenfalls starke nationale Unterschiede deutlich. Die deutsche Blogosphäre beschreibt Lovink als vergleichsweise unterentwickelt, weil die Zahl der Blogs pro Einwohner gering ist. Dies begründet der von Lovink befragte Blogger Oliver Gassner unter anderem mit der historischen Erfahrung der Deutschen mit staatlicher Überwachung. Deutsche würden es eher vermeiden, öffentlich einen Standpunkt zu vertreten. Zweifelhaft ist, ob diese Begründung einer Überprüfung standhalten würde. Auch Lovinks Analyse, erfolgreiche deutsche Blogs stünden den Massenmedien nahe, kann getrost bezweifelt werden. Tatsächlich steht Netzpolitik.org, einer der größten deutschen Blogs, den

Massenmedien und ihren politischen Forderungen eher kritisch gegenüber. Ein wirklich einzigartiges Merkmal erfolgreicher deutscher Blogs, die starke Fokussierung auf netzpolitische Themen, erwähnt Lovink nicht. Tatsächlich ist die Blogosphäre in Deutschland stärker als in anderen Ländern durch den allgegenwärtigen Einsatz gegen staatliche und unternehmerische Internetregulierung geprägt.

Die Verrohung des Umgangstons in den Online-Kommentarspalten von Blogs und Zeitungen zieht sich als Thema ebenfalls durch Lovinks Buch. Wer sich die Kommentare beispielsweise bei ZEIT Online oder YouTube durchliest, kennt das Phänomen: Zu vielen Themen kann keine sinnvolle Kommunikation mehr stattfinden, weil den meisten Kommentatoren daran gelegen ist, andere zu beleidigen oder gar zu bedrohen. Viele Internetnutzer halten sich nicht mehr an die Umgangsregeln. Selbst wenn sie eindeutig zu identifizieren sind, begehen sie Regelverstöße. Auch in den Sozialen Medien, die eigentlich einen Schutz gegen solche Auswüchse bieten sollten, lässt sich diese Entwicklung mittlerweile verfolgen. Einblicke gewähren aktuell beispielsweise die Fansseiten von Fußballvereinen bei Facebook.

Mit seiner Analyse der Internetentwicklung verbindet Lovink einen Appell für die Entwicklung einer allgemeinen und kritischen Internettheorie. Auch gegen den Widerstand der etablierten Medien müsse ein allgemeiner Stand der Internetkritik erreicht werden, der auf der bestehenden Fernseh- und Theaterkritik aufbauen könne. Mit seinem eigenen Fach, den Medienwissenschaften, geht Lovink in diesem Zusammenhang hart ins Gericht. Wie auch andere wissenschaftliche Disziplinen habe es die Medienwissenschaft versäumt, sich mit der rasanten Entwicklung des Internets auseinander zu setzen. Darauf, dass Nachrichtenmedien wie CNN auf Twitter zurückgriffen, um sich ein aktuelles Bild von Entwicklungen zu verschaffen, habe die Wissenschaft beispielsweise überhaupt nicht reagiert. Lieber beschäftige man sich mit Vergangenen oder längst Überholtem. Wer sich nur auf Medientheoretiker und Philosophen wie Marshall McLuhan, Jean Baudrillard und Slavoj Žižek stütze, sei „auf die fluiden Medienobjekte unserer Echtzeit-Ära schlecht vorbereitet“ (S. 105). Deshalb plädiert Lovink für die Abspaltung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den neuen Medien von den allgemeinen Medienwissenschaften und den Aufbau von auf aktuelle Internettheorie spezialisierten Programmen und Schulen.



2012 - 385 Seiten - € 34,90

Der Band versammelt Versuche, die die Geschichte der kritischen Theorie nach Veraltetem oder Unabgegoltenem befragen, die an unerschlossenen Gegenständen die Potentiale kritischer Theorie erproben.

Mit Beiträgen von: Claus Baumann, Frank Bensele, Alex Demirović, Alexander García Düttmann, Cornelia Klinger, Christoph Menke, Jan Müller, David Salomon, Ruth Sonderegger, Michael Städtler, Michael Weingarten, Christine Zunke.



2012 - 534 Seiten - € 39,90

Angesichts der seit einiger Zeit herrschenden Krisenkonstellation erscheint Zukunft mehr denn je als ungewiss. Hier setzt Frieder Otto Wolf an, indem er seine eigenen Versuche einer „Radikalen Philosophie“ kritisch wieder aufnimmt und dabei wichtige Voraussetzungen für die Erneuerung von Politik nach dem Ende der Illusionen des 20. Jahrhunderts aufzeigt.

